



Nachhaltige Stadtentwicklung

Positionspapier

Zusammenfassung

Nachhaltige Entwicklung entscheidet sich in unseren Städten und Gemeinden, dort wo die Menschen leben und arbeiten. Steuerung und Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung müssen verbessert werden. Eine nachhaltige Raumplanung muss zu einer sparsamen und effizienten Flächenneuanspruchnahme führen. Die Städtebauförderung muss noch stärker auf Nachhaltigkeitsaspekte hin ausgerichtet werden. Nachhaltiges Bauen und Sanieren sind elementare Beiträge für die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden, wie sie mit den künftigen universellen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDG) angestrebt werden.

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung fordert die Bundesregierung auf

- die Kommunen als entscheidende Akteure für eine nachhaltige Entwicklung stärker in den Blick zu nehmen und ihnen zu einem Neustart in Sachen Nachhaltigkeit zu verhelfen;
- im Zuge der Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie eine Bilanzierung vorzulegen, wo die Kommunen in Deutschland mit Blick auf Nachhaltigkeit stehen;
- Vorschläge zu erarbeiten,
 - wie die Kommunen in ihrem Bemühen um eine nachhaltige Entwicklung unterstützt werden können;
 - wie weitere Städte und Gemeinden für das Thema gewonnen werden können;
 - wie das Zusammenspiel der staatlichen Ebenen Strukturen etabliert werden können, die der vorhandenen Komplexität des Themas Rechnung tragen und zum Erreichen der gemeinsamen Ziele beitragen können, allen voran zu den derzeit in der Verhandlung befindlichen SDG;
 - wie eine „Green Economy“ im Rahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung gefördert werden kann;
- Impulse zu geben
 - für die Entwicklung resilienter, ressourceneffizienter und demografiefester sowie generationengerechter Infrastrukturen;
 - für verstärkte Kooperationen auf regionaler Ebene, interkommunal sowie mit den anderen gesellschaftlichen Sektoren (Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft);



- für die Weiterentwicklung der lokalen Demokratie, in der repräsentative, direktdemokratische und informelle Formen der Partizipation intelligent verknüpft werden.

Für eine nachhaltigere Raumplanung fordert der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung

- das Raumordnungs- und Bauplanungsrechts nach Maßgabe der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ in Richtung einer nachhaltigen Flächennutzung weiter zu entwickeln; dabei sollte der ländliche Raum berücksichtigt werden;
- auf kommunaler Ebene ein strategisches Flächenmanagementsystem zu fördern („Allianz für die Fläche“);
- Projekte zur Senkung der Flächenneuanspruchnahme auf kommunaler Ebene zu fördern;
- sich für die Qualifizierung vorhandener und Erprobung neuer ökonomischer Instrumente (Strukturförderung, Steuern, Abgaben, neues kommunales Finanzmanagement, Flächenzertifikate) einzusetzen, um eine effiziente Flächenanspruchnahme zu erreichen;
- Empfehlungen und Unterstützung zur nachhaltigen Entwicklung des unterirdischen Raums an die Kommunen zu geben.

Für eine nachhaltige Städtebauförderung fordert der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung

- die Städtebauförderung verstärkt auf gleichermaßen ökologische, ökonomische und soziale Kriterien auszurichten sowie den am 9. Mai 2015 erstmals stattfindenden Tag der Städtebauförderung zum Anlass zu nehmen, sich mit Nachhaltigkeitsaspekten stärker zu befassen;
- die Förderprogramme weiterhin im Hinblick auf nachhaltige Kriterien hin zu überprüfen;
- die interministerielle Zusammenarbeit zu stärken, damit Förderprogramme besser aufeinander abgestimmt werden können;
- bei den Bund-Länder-Verhandlungen über die Verwaltungsvereinbarungen zur Umsetzung Städtebauförderprogramme Nachhaltigkeitsaspekte stärker zu berücksichtigen.

Für nachhaltiges Bauen und Sanieren in den Städten und Gemeinden fordert der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung

- Cradle-to-cradle-Verfahren auf kommunaler Ebene zu fördern;
- Nachhaltigkeitszertifizierungen nur noch zu vergeben, wenn ein echtes Recycling-Konzept für das ganze Gebäude vorliegt;
- verstärkt quartiersbezogene Stadtentwicklung unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner umzusetzen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch unter Einbeziehung von Energieeffizienz, Klimawandel, sozialer Kriterien sowie Bezahlbarkeit zu fördern.